

19. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten Dr. Timur Husein (CDU)

vom 3. November 2025 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 4. November 2025)

zum Thema:

Stand zur Einführung der Stelle des Antisemitismusbeauftragten für die Berliner Hochschulen

und **Antwort** vom 24. November 2025 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 25. Nov. 2025)

Senatsverwaltung für Wissenschaft,
Gesundheit und Pflege

Herrn Abgeordneten Dr. Timur Husein (CDU)
über
die Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin
über Senatskanzlei - G Sen -

A n t w o r t
auf die Schriftliche Anfrage Nr. 19/24 278
vom 3. November 2025
über Stand zur Einführung der Stelle des Antisemitismusbeauftragten für die
Berliner Hochschulen

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung des Abgeordneten:

Am 29. April 2025 sagte die Berliner Wissenschaftssenatorin Ina Czyborra auf der Pressekonferenz im Roten Rathaus zur Einführung der geplanten Stelle eines Antisemitismusbeauftragten für die Berliner Hochschulen: Ich hoffe, dass wir in absehbarer Zeit zu einem Ergebnis kommen.“ Bis heute ist die Stelle nicht geschaffen worden. Ich frage den Senat:

1. Von wem wurde wann die Entscheidung getroffen eine Stelle des Antisemitismusbeauftragten für die Berliner Hochschulen einzurichten?

Zu 1.:

Den Beschluss zur Einrichtung einer Landesansprechperson zur Bekämpfung von Antisemitismus an Hochschulen hat der Senat am 22.07.2025 gefasst.

2. Zu welchem Zeitpunkt sollte die Stelle ursprünglich eingerichtet werden (Bitte um Angabe von Bezeichnung, Stundenumfang, ggf. Befristung / Laufzeit und Eingruppierung der Stelle)?

Zu 2.:

Laut Senatsbeschluss ist ab dem Doppelhaushalt 2026/27 eine Vollzeitstelle A 15 oder

15 TV-L vorgesehen.

3. Wurde die Stelle öffentlich ausgeschrieben? Wenn ja, wie sieht das Aufgabenprofil für diese Stelle aus? (Bitte Aufgabenprofil/-beschreibung als Anlage beifügen)? Wenn die Stelle nicht öffentlich ausgeschrieben wurde, warum nicht?

Zu 3.:

Die Stellenausschreibung ist mittlerweile veröffentlicht und kann eingesehen werden. Die vorgesehenen Aufgaben können der den Senatsbeschluss vom 22.07.2025 flankierenden Pressemitteilung entnommen werden (abrufbar unter: <https://www.berlin.de/rbmskzl/aktuelles/pressemitteilungen/2025/pressemitteilung.1582922.php>).

4. Wie soll die Zusammenarbeit innerhalb welcher Senatsverwaltung gestaltet werden?

Zu 4.:

Die Stelle wird in der Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege (SenWGP), Abteilung V - Hochschulen angesiedelt. Es wird eine enge Abstimmung mit der Ansprechperson des Landes Berlin zu Antisemitismus, Antisemitismusbeauftragte bei Polizei und Generalstaatsanwaltschaft sowie an Schulen geben.

5. Wo soll die Stelle angegliedert werden und warum?

Zu 5.:

Die Stelle wird in die Stabsstelle der Abteilungsleitung der Abteilung Hochschulen in der SenWGP integriert. Diese Verortung zeigt die verantwortungsvolle und herausgehobene Stellung der Landesansprechperson, die aber gleichzeitig in Abstimmung mit Abteilungs- und Hausleitung sowie im engen Austausch mit den hochschulischen Ansprechpersonen zu Antisemitismus agiert.

6. Wo soll die Fachaufsicht liegen?

Zu 6.:

Die Funktion des direkten Vorgesetzten übernimmt die Abteilungsleitung der Abteilung V Hochschulen der SenWGP.

7. Wie wird die Überparteilichkeit der Stelle gesichert?

Zu 7.:

Die Überparteilichkeit der Ansprechperson wird durch klar definierte gesetzliche Vorgaben, beamtenrechtliche Pflichten, standardisierte Entscheidungsprozesse und konsequente Fachaufsicht sichergestellt, sodass eine politisch neutrale und rechtssichere Aufgabenwahrnehmung gewährleistet werden wird.

8. Warum ist die Stelle noch nicht besetzt worden?

Zu 8.:

Nach dem Beschluss des Senats wurde das Anforderungsprofil sowie die Beschreibung des Aufgabenkreises ausgearbeitet und mit den hochschulischen Ansprechpersonen zu Antisemitismus, der „Landeskonferenz der Rektor*innen und Präsident*innen der Berliner Hochschulen“ (LKR) sowie mit einem dafür einberufenen einmaligen Runden Tisch mit Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus jüdischer Gemeinde, jüdischen und antisemitismuskritischen Organisationen weiterentwickelt. Im Anschluss erfolgte die verwaltungsinterne Abstimmung mitsamt Gremienbeteiligung.

Die Ausschreibung ist mittlerweile erfolgt.

Berlin, den 24. November 2025

In Vertretung

Dr. Henry Marx

Senatsverwaltung für Wissenschaft,

Gesundheit und Pflege